

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigepreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeitspalt. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brög. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### Heinrich Sack Jubilar.

Unser seitiger 2. Verbandsvorsitzender und jetziger Verbandsredaktor Heinrich Sack konnte am 21. August im Kreise seiner Arbeitskollegen und Kolleginnen, d. h. der im Hauptbureau tätigen Angestellten, sein 25jähriges Dienstjubiläum begehen. Es war auf dem 5. ordentlichen Verbandstag im Jahre 1900 in Halberstadt, als der Verband sich einen zweiten Vorsitzenden gab. Aus der Wahl ging Heinrich Sack hervor, und bereits nach 14 Tagen mußte er sein Amt antreten. Die Delegierten kannten ihren Kollegen Sack zum größten Teil bereits als einen eifrigen unermüdbaren Streiter für die Sache der Berufskollegen und des Verbandes, der mehr als einmal seine Existenz hinter die Interessen seiner Arbeitskollegen zurückgestellt hat. Insbesondere die Mitgliedschaft der damaligen Zahlstelle Hamm (Hamburg) wußte das hohe Pflichtgefühl, die Uneigennützigkeit und die Aufopferungsbereitschaft ihres Kollegen Sack zu schätzen, denn unser Jubilar ist seit Gründung unseres Verbandes mit an erster Stelle agitatorisch und organisationsführend tätig gewesen. Bereits 1892 war er Mitglied des Verbandsausschusses, von 1893 bis 1899 Bevollmächtigter, außerdem war er von 1896 bis zu seiner Wahl in den Hauptvorstand unbesoldeter Gauleiter für Nordwest-Deutschland. Damit ist aber die umfassende Tätigkeit des Jubilars für die Arbeiterbewegung nicht erschöpft. Auch in der Partei und in der Konsumvereinsbewegung war er frühzeitig tätig.

Der Leipziger Verbandstag (1925) hat Heinrich Sack das verantwortungsvolle Amt eines Verbandsredaktors übertragen, in dem Bewußtsein, daß er die besten Eigenschaften für diesen Posten mitbringt. In der festen Überzeugung, daß unser Jubilar sein neues Amt mit der bei ihm selbstverständlichen Pflichttreue versehen wird, sprechen wir an dieser Stelle den Wunsch aus, unser Kollege Heinrich Sack möge noch recht viele Jahre mit uns gemeinsam wirken im Interesse unserer Organisation.

### Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsdemokratie.

Der Staatssekretär z. D. Dr. Julius Hirsch, hielt auf der Tagung des deutschen Verkehrsbundes in München einen Vortrag über "Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsdemokratie". Der Inhalt dieses Vortrages ist wichtig genug, um unserer Mitgliedschaft zur Kenntnis gebracht zu werden.

Professor Hirsch glaubt, daß in nächster Zeit in der Tat aus den Fehlern unserer Wirtschaftsführung und Wirtschaftspolitik heraus ein zeitweiliger beträchtlicher Niedergang der Konjunktur zu erwarten ist. Die bereits eingetretenen und bestimmt noch in größerer Zahl zu erwartenden Zusammenbrüche seien aber

eine durchaus notwendige Korrektur

unserer Inflationsüberlastung mit viel zu vielen Betrieben in Handel, Bankwesen und einem Teil des Gewerbes. Auf die Dauer sei das eine heilsame Wirtschaftsbereinigung. Die Grundlagen der deutschen Wirtschaft seien aber durchaus gesund. Nichts rechtfertige insbesondere die Schwarzmalerei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die in ihrer bekannten Mai-Eingabe an den Reichskanzler erklärten, daß, wenn nicht alsbald Lohnpolitik in ihrem Sinne getrieben werde, der Absterbungsprozeß (!) der deutschen Wirtschaft nicht aufgehalten werden könne. Vielmehr seien Voraussetzungen und Schlussfolgerungen der genannten Denkschrift vielfach unzutreffend. Wenn dort wiederholt behauptet werde, daß Produktion und Güterumsatz der deutschen Wirtschaft im ganzen genommen nur 70 Prozent des Vorkriegsstandes betragen, so sei die genau gegenteilige Erklärung der halbamtlichen Reichskreditgesellschaft wesentlich glaubwürdiger, die in ihrem Halbjahresbericht erklärt, daß die deutsche Produktion im ersten Halbjahr 1925 den Vorkriegsstand wieder etwa erreicht habe. Witten in der Inflationszeit hat zwar eine unerhörte Wertverschiebung, aber doch keine so große Wertverminderung in der Wirtschaft stattgefunden, vielmehr hat in unserem Eisenbahnwesen, unserer Schifffahrt und unserer Industrie mitten im allgemeinen Volksunglück ein sehr bedeutender Wiederaufbau stattgefunden. Die Behauptung, daß die Produktion nur 70 Prozent des Vorkriegsstandes betrage, stimme für die ganze Landwirtschaft bestimmt nicht entfernt, und auch bei der Industrie könne man nur an einigen Stellen dergleichen herausrechnen, wenn man das Jahr 1913, ein Jahr der stärksten Hochkonjunktur, mit dem Jahre 1924 vergleiche, das mit ungefähr zwei Millionen Arbeitslosen und fortwährender Hemmung der deutschen Wirtschaft an der Ruhr begann und sich nur ganz langsam besserte. Vergleicht man aber selbst das Jahr 1924 mit dem Jahresan-

vor Ausbruch des Weltkrieges, 1909/13, so zeigt in den bei Deutschland verbliebenen Gebieten die Produktion der Steinkohle rund 98 Prozent der Vorkriegszeit, Braunkohle gar 166 Prozent, Koks 91 Prozent, Stahl 99 Prozent und Walzwerkzeugnisse rund 107 Prozent. An der Minderproduktion lägen also die deutschen Wirtschaftsschwierigkeiten bestimmt nicht, ebenso wenig an der angeblich übermäßigen Höhe der Löhne.

### Löhne und Goldentwertung.

Die Behauptung, daß die Vorkriegslöhne schon im Mai d. J. vielfach erreicht oder überschritten gewesen seien, übersehe die Goldentwertung, die die Kaufkraft deselben Nominallohnes auf beinahe zwei Drittel herabgedrückt habe. Zutreffend sei allerdings, daß bei der Eisenbahn ungefähr derselbe Reallohn wie in der Vorkriegszeit erreicht werde. Aber doch eben nur deswegen, weil die Eisenbahner zu den notorisch schlechtest bezahlten, weit unter Durchschnitt gelöhnten Arbeitskräften der deutschen Wirtschaft gehören. Dagegen hätte der Werksstättenarbeiter bei der Eisenbahn gegenüber der Vorkriegszeit 10 Prozent seiner Kaufkraft eingebüßt, die Hauer im Bergbau hätten durchweg etwa 16 Prozent Kaufkraft weniger als vor dem Kriege und die höher bezahlten Arbeitskräfte wären noch weit darunter. Ebensovienig treffen es zu, daß das ausländische Lohnniveau nicht mehr wesentlich höher sei als das deutsche. Über den Dollar berechnet, seien die Löhne, wenn man Deutschlands Löhne im Mai d. J. gleich 100 setzt, in den Vereinigten Staaten noch 350 bis 400, in Großbritannien 160 bis 210, Dänemark 140 bis 185, Schweden 143 bis 193, Niederlande 120 bis 158 und niedriger seien sie nur in den Ländern der augenblicklichen Inflation, und selbst in Frankreich wenigstens teilweise höher. Daß die Reichsbank sich anscheinend in einem Schreiben zu einer Ausfuhrung verstanden habe, wonach Lohnhöhung zu Inflation führen könnte, sei bedauerlich. Wenn die Reichsbank innerhalb der gesetzlich geregelten Menge an Zahlungsmitteln bleibe, sei es für die Frage der Inflation völlig gleichgültig, wie die Wirtschaftsparteien sich in den möglichen Preis, der wiederum durch die Kaufkraft der Nation bestimmt werde, teilen. Das mit uns konkurrierende Ausland habe sehr vielfach beträchtlich höhere Löhne und unsere niedrigeren könnten folglich auch an der Passivität der Handelsbilanz nicht entscheidend schuld sein.

### Die Gründe der passiven Handelsbilanz.

Die Passivität der Handelsbilanz selber werde dem Ausmaß nach überschätzt, in ihrer Bedeutung als Passivität der Wirtschaft mißverstanden, ihre Ursache liege tatsächlich in Fehlern, insbesondere der Finanz- und Kapitalpolitik begründet. Die Passivität der Handelsbilanz sei zunächst nicht so groß, wie sie scheine. Redner hat bereits vor sechs Monaten die Schätzung begründet, daß ungefähr 20 Prozent des Ausfuhrwertes nicht in den Deklarationen enthalten sei. Im übrigen habe aber gerade die Regierung bisher in allen Zungen nach Auslandskrediten gerufen und diese seien angesichts der Fehler der inländischen Kapital- und Kreditpolitik in der Tat eine gewisse Frist notwendig. Auslandskredit sei nur ein anderes Wort für Hereinnahme ausländischer Waren und Rohstoffe ohne sofortige Bezahlung. Auslandskredit nehmen sei folglich nur ein anderes Wort dafür, daß man die Handelsbilanz eben damit passiv gestalte. Wäre die deutsche Wirtschaft nicht kreditwürdig, würde man sie nicht für gesund und zahlungsfähig halten, so würden die Kredite nicht gegeben, die Passivität der Handelsbilanz würde gar nicht möglich sein. Die Notwendigkeit der Einfuhren aus Kredit sei aber durch falsche Kapital- und Finanzpolitik bei uns selber geschaffen worden. Wenn die Produktion den Vorkriegsstand ungefähr erreicht, der Verbrauch denjenigen der Vorkriegszeit schwerlich noch gleichkomme, so müßte an sich auch die Kapitalbildung wieder ähnliche Dimensionen wie früher erreichen. Wir haben aber vom Überschuh unserer Volkproduktion einerseits zu viel in die Anlage und zu wenig in das Betriebskapital gesteckt, zum anderen überhaupt den wichtigsten Kapitalbildner, nämlich die breiten Massen, teils durch übermäßige Steuern, insbesondere Umsatz- und Lohnsteuern unzulänglich geschöpft, zum anderen durch viel zu niedrigen Zins die einstmals in ihren Sparguthaben eingesparten von neuer Kapitalbildung abgeschreckt. Die Finanzpolitik des Herrn v. Schlieffen steigere diese Fehler ebenso wie die Zinspolitik von Reichs- und Staatsbank, die viel zuviel Nähe auf Unterstützung unhaltbarer Konzerne und viel zu wenig auf die Beeinflussung der Zinspolitik der deutschen Wirtschaft verwenden.

Deshalb drohe uns eine schwere Übergangsperiode, weil man einmal unterlassen habe, durch planmäßige Kapitalpolitik die Bildung von Betriebsmitteln im eigenen Lande anzulocken, die ungleich viel wichtiger sei als aller Auslands-

kredit, zum anderen sich rechtzeitig auf den jetzt beginnenden Transfer (Reparationszahlung) einzustellen, die nun nicht mehr aus der Dawes-Anleihe geleistet werden könne.

### Wie muß der Kampf gegen die Krise geführt werden?

Dennoch sei die kommende Krise schwerlich von tiefergehender Bedeutung, denn die deutsche Wirtschaft sei, wie der schnelle Wiederaufbau beweise, in sich kerngesund und die Lage des Arbeitnehertums insbesondere werde sich in nicht zu ferner Zeit entscheidend bessern. Denn einmal sei trotz aller Zollmauern der große technische Fortschritt in Amerika erreicht habe, auch bei uns nicht mehr anzubäuheln, er werde aber Produktionssteigerung und in weiterer Folge mehr Nachfrage nach Arbeitskraft bringen. Vom Jahre 1928 an werde sich aber auf dem Arbeitsmarkt der Geburtenausfall der Kriegs- und Nachkriegszeit wachsend geltend machen, das Angebot an Arbeitskräften also sinken, während die Nachfrage steigt. Ob diese Stärkung der wirtschaftlichen Position des Arbeitnehertums von ihm wirtschaftspolitisch und allgemeinpolitisch genutzt werde, das sei eine Frage nicht allein der wirtschaftlichen, sondern der intellektuellen und willensmäßigen Machtverhältnisse. Man habe viel zu sehr über die verschiedenen Formen der Wirtschaftsdemokratie gestritten. Weit wichtiger sei eine klare Erkenntnis über Wirtschaftsertrag im Volksganzen, im Gewerbe und im einzelnen Betriebe. Der Arbeitnehmer habe bisher viel Werkstattdemokratie, aber oft allzu wenig Wirtschaftserkenntnis. Der wichtigste Schritt der Wirtschaftsdemokratie sei das entschiedene Eindringen in die kosten- und preismäßigen Zusammenhänge der Wirtschaft. Dann würden weder solche Berechnungen möglich sein, wie sie jetzt von den Unternehmerverbänden und die auch dem Auslande gegenüber abschreckend, also schädlich wirken, aufgemacht werden, noch würde künftig die Last niedergehender Konjunkturen einzig auf den Arbeitnehmer gewälzt werden. Wirtschaftserkenntnis sei der erste und wichtigste Schritt zur Wirtschaftsdemokratie. Auf deren Formen komme es dabei viel weniger an, als auf den hinter der Erkenntnis stehenden Willen. Der aber müßte auch in den breiten Volksmassen weit stärker sein, als er sich in den letzten Zoll- und Steuerkämpfen manifestiert habe.

### Die Folgen des Hochschutzzolles.

Die "kleine Zollnovelle", welche von der Regierung und den Rechtsparteien im Parlament unter Ausschaltung der Opposition durchgepeitscht wurde, wird zum Teil sofort, zum Teil am 1. Oktober in Kraft treten und soll zwei Jahre lang in Geltung bleiben. Die Reichsregierung hat sich die Vollmacht vorbehalten, diese Zollnovelle in beliebigem Maße zu erweitern, weitere Zollerhöhungen vorzunehmen. Die verlangte Zustimmung des Reichsrats und des handelspolitischen Ausschusses bedeutet keine parlamentarische Kontrolle. Im Zollkampf wurden die verhängnisvollen Folgen eines Hochschutzzolltarifs für die Versorgung der Bevölkerung genügend beleuchtet. Sie werden verberlich auf die Volkswirtschaft, Volksernährung und die Ausfuhr wirken. Einige Hinweise sollen den wahren Charakter der Zollnovelle zeigen:

1. Bereits vor der Verabschiedung der kleinen Zollnovelle hatten wir ein Hochschutzzollsystem. Von den insgesamt 946 Positionen des Zolltarifs wurden seit 1920 239 ganz, 38 zum Teil erhöht, und zwar oft auf das Vielfache der früheren Sätze.

2. Die "kleine Zollnovelle" verfolgt den Zweck, auch die Zölle für die übrigen Positionen zu erhöhen und Getreidezölle einzuführen. Damit sollte ein lückenloser Zolltarif, der sich auf sämtliche Waren erstreckt, geschaffen werden. Ein lückenloser Zolltarif ist aber ein volkswirtschaftlicher Unfug, da der allgemeine Zollschuß sämtliche Waren verteuert und den Vorteil des Zolles durch die verteuerten Produktionskosten aufhebt. Der lückenlose Zolltarif hat daher ausschließlich den Sinn, durch den langen Prozeß der Zollüberwälzung den letzten Verbraucher auszuplündern. Dies hat aber in den Einkommen der Verbraucherischen seine Grenzen und muß daher zum Rückgang der Produktion führen.

3. Es wurde behauptet, daß die hohen Zölle nur als Verdrängungsmittel zu betrachten sind, die auf dem Wege der Verhandlungen mit anderen Ländern herabgesetzt werden können und sollen. Dazu soll bemerkt werden: a) Die Viehzölle sind als Mindestzölle festgesetzt, können daher nicht herabgesetzt werden; b) die Getreidezölle wurden zwar nicht im Gesetz, sondern durch fällige Vereinbarung der Rechtsparteien als Mindestzölle gebunden; c) alles deutet darauf hin, daß auch mit den mächtigen Industriegruppen stillschweigende Vereinbarungen getroffen wurden, daß die Industriezölle nicht unter ein gewisses Maß gesenkt werden; d) der Handelsvertrag mit Belgien gibt eine Kostprobe davon, wie weit die Herabsetzung der autonomen Zölle geht. In einer Zusammenfassung der "Frankfurter Zeitung"

wurde gezeigt, daß die Vertragszölle der wichtigsten Warengruppen gegenüber Belgien immer noch zu ei- bis fünfmal so hoch sind wie die Vorkriegszölle, die an sich schon hoch waren.

4. Die jetzt durchgesetzten Zölle werden auch deshalb für lange Zeit in voller Höhe in Geltung bleiben, weil Deutschland kaum einige Handelsverträge abgeschlossen hat. Die wichtigsten bisher zustande gekommenen Handelsverträge mit England und den Vereinigten Staaten kommen vorerst deshalb nicht in Frage, weil diese reine Meißbegünstigungsverträge sind, das heißt ihren Inhalt von den übrigen Handelsverträgen Deutschlands erhalten. Solche sind aber nicht oder kaum vorhanden. Im Gegenteil hat Deutschland mit Polen einen Zollkrieg, mit Italien nur einen provisorischen Vertrag. Der Vertrag mit Spanien wurde gekündigt, die Verhandlungen mit Frankreich wurden abgebrochen. Das handelspolitische Verhältnis zu Holland und Rußland ist mehr als problematisch. Da mit dem Zustandekommen vorteilhafter Handelsverträge für absehbare Zeit nicht zu rechnen ist, werden die neuen Zölle voll in Geltung bleiben.

5. Auf die Entwicklung der deutschen Ausfuhr wird der Hochschußoll, der die Produktionskosten im Inland verteuert, verheerend wirken. Die Behauptung, daß bei hohen Preisen im Inland eine billige Ausfuhr möglich sei, enthält mehrfache Trugschlüsse: a) Bei den durch die Schußzölle verteuerten inländischen Produktionskosten muß der inländische Absatz zurückgehen und deshalb wird eine Verdrößerung der Produktionsbasis, welche eine billige Ausfuhr allein ermöglichen würde, nicht geschaffen; b) das beabsichtigte Dumping wird zu Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder führen, oder es werden diese mit ähnlichen Methoden wie Deutschland Dumping treiben und damit den deutschen Dumpingvorteil überspringen. Darüber hinaus wird das Ausland infolge des deutschen Dumpings billige Produktionsmittel aus Deutschland beziehen und kann dadurch seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt Deutschland gegenüber steigern; c) die Zölle in Verbindung mit den Kartellen werden dazu beitragen, die nötige Rationalisierung der Wirtschaft zu hinterfragen, indem selbst die unter den ungünstigsten Produktionsbedingungen arbeitenden Betriebe auf Kosten der gesamten Volkswirtschaft weiter bestehen bleiben.

6. Unter den Industriezweigen werden die Eisenzölle, die in der Inflationszeit um das Dreifache gegen die der Vorkriegszeit erhöht und jetzt unverändert beibehalten wurden, eine verheerende Wirkung haben. Die eisenverarbeitende Industrie, die einem Viertel der Arbeiterschaft Beschäftigung gibt, wird im schweren Nachteil geraten. Durch die erhöhten Eisenpreise werden auch die Selbstkosten der Eisenbahn erhöht, was zu einer Erhöhung der Transportkosten führen muß. Was aber die Ausfuhr der eisenverarbeitenden Industrie anbelangt, so wird das in der Eisenindustrie Eisenabkommen für die Rückvergütung der Differenz zwischen dem Inlandspreis und dem Weltmarktpreis des Eisens bei der Ausfuhr von Fertigprodukten die Schwierigkeit nicht lösen. Wird doch immer nur ein Teil der Gesamtenergie rückvergütet werden können.

Ausfuhr erreichte Rekordziffern, und heute ist die Kaliumproduktion höher als in den besten Jahren.

Zwischen Kriegsende und heute liegt die Leidenszeit der Kaliumarbeiter, und auch viele Gemeinden mußten ihren Tribut an die Kaliumindustrie entrichten. Es war offenkundig gemorden, daß die Produktion der Kaliumwerke den Bedarf weit überschritt. Die Werke wurden durchgängig nur teilweise ausgenutzt. Durch die Abschaffung und die mindere Aufnahmefähigkeit der deutschen Landwirtschaft konnten die Arbeiter nicht voll beschäftigt werden. Ganze Betriebe wurden auf kürzere oder längere Zeit stillgelegt. In anderen Betrieben wurden zwei, drei und vier Feiertage pro Woche eingelegt, so daß die Arbeiter der größten Not überantwortet wurden. Daß die Kaliumarbeiter bei dreitägiger Arbeit pro Woche während der Inflationszeit häufig nicht in der Lage waren, für ihren Wochenverdienst auch nur ein Brot zu kaufen, ist noch in aller Erinnerung.

In dieser Wirtschaftskrise blieb nur ein Mittel zur Befriedung übrig: das waren Betriebsstillegungen, um die im Betrieb befindlichen Werke voll arbeitsfähig und so rentabel zu gestalten. Durch das Kaliumwirtschaftsgesetz wurde bestimmt, daß bei Quotenübertragung oder Stilllegung ganzer Betriebe die dadurch zur Entlassung kommenden Arbeiter entschädigt werden müssen. Diese Entschädigung ist im allgemeinen nach den gesetzlichen Bestimmungen ausgezahlt. Sie wirkte aber meist nur als ein Tropfen auf einen heißen Stein; denn die Arbeiter waren durch monatelange Feiertage derart verelendet, daß sie die ausgezahlten Summen sofort verwenden mußten, um sich und ihre Familien vorerst einmal wieder satt zu machen und Kleider zu beschaffen, um die Blöße zu bedecken.

In den Gegenden Mitteldeutschlands, wo die Kaliumindustrie sich bis dahin konzentrierte, wo also größere Arbeitermassen herangezogen waren, bot sich für die entlassenen Arbeiter eine andere Arbeitsmöglichkeit nicht. Sie fielen vorerst der Erwerbslosenfürsorge anheim, zum nicht geringen Schaden der betreffenden Gemeinden. Im Laufe der Zeit wanderten dann die Arbeiter günstigeren Arbeitsplätzen zu, so daß die einst blühenden Gemeinden verödeten. Darunter leiden aber nicht nur kleinere Gemeinden, auch Städte, wie Staßfurt, Bernburg und andere sind von diesen Maßnahmen der Kaliumindustrie schwer betroffen. In der heutigen Gesellschaftsordnung fällt es keinem Staatlenker ein, die Kapitalisten zu verpflichten, die durch ihre Schuld schwer geschädigten Gemeinden zu entschädigen. Der Privatbesitz ist eben heilig, auch wenn Tausende von Arbeitern durch ihn ins Elend gestürzt und Kommunen an den Rand des Ruins gebracht werden.

In dieser Zeit schrecklichen Arbeiterelends vollzog sich eine Konzentration des Kaliumkapitals. Der Wintershall-Konzern dominiert heute in der Kaliumindustrie. Wenn er sich bisher auch noch nicht die gesamte Kaliumindustrie untertan machen konnte, ist sein überragender Einfluß doch unverkennbar. Im Wettgebiet hat er jetzt seine Hauptarbeitsstätten. Zur Bewältigung der Produktion bedarf der Wintershall-Konzern wie die gesamte Kaliumindustrie mehr Arbeitskräfte, als bei den jämmerlich niedrigen Löhnen zu beschaffen sind. Der deutsche Arbeiter meidet diese Arbeitsstätten, weil er bei der ungeheuren Steigerung der Arbeitsleistung gegenüber der Vorkriegszeit und den außerordentlich niedrigen Löhnen sein Dasein nicht fristen kann. Das kümmert aber die Kaliumgewaltigen nicht. Mit dreifacher Eile versuchen sie ausländische Arbeiter als Rohndrücker heranzuziehen und scheuen sich nicht, für diese ihre volksfeindlichen Maßnahmen die Reichsregierung in ihren Dienst zu stellen. Wir sind nicht gewöhnt, die Kapitalisten der deutschen Industrie mit moralischen Maßstäben zu messen. Der nachdrückliche Versuch, bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland zur Niederhaltung der Löhne ausländische Kulis heranzuziehen, übersteigt aber selbst unsere Meinung über das volkswirtschaftliche Verantwortungsgesühl der Kaliumbarone. Es ist ganz unverständlich, daß die wolleidenden Gemeinden, die durch die Kaliumindustrie so außerordentlich geschädigt sind, gegen das Vorgehen der Kaliumbarone nicht ganz energisch Einspruch bei der Regierung erheben. Die Unterbringung der Arbeitslosen, vor allem aus der stillgelegten Kaliumindustrie, steht höher als der an sich schon unberechtigte Profit der Kaliumindustrie.

In den verflochtenen Jahrzehnten haben wir gesehen, daß alle gesetzlichen Maßnahmen nicht verhindern konnten, daß sich in der Kalium-Industrie ein Industrieriffertum breitmachte und im Besitz des Miningrechts es verstand, auf Kosten des deutschen Volkes Gewinne zu erzielen, indem Kaliumschächte über Kaliumschächte eröffnet und verhöbert wurden. In der heutigen Zeit besteht die Gefahr wieder. In der Fach- und Tagespresse werden bereits wieder geologische Betrachtungen angestellt über die wirtschaftlichen Grundlagen einer zu schaffenden Kaliumindustrie am Niederrhein. Dort, wo Kohle und Erze nebeneinander vorkommen, wo man die Erz- und Kohlenlagerstätten noch nicht reiflos erschlossen hat, wird die Frage bereits ventiliert, ob ein Abbau nicht bald in Angriff zu nehmen ist, trotzdem die Ruhr- und schlesische Kohle nicht abgebaut werden kann und Tausende von Bergarbeitern ihre Abkehr erhalten haben. Da nun aber am Niederrhein auch Kaliumlagerstätten entdeckt sind, die eine abbaubare Mächtigkeit von rund 100 Millionen Tonnen haben sollen, darf nach den bisherigen Erfahrungen damit gerechnet werden, daß es den Kaliuminteressen gelingt, bei der Regierung das Miningrecht für diese Lager zu erwerben. Wir erleben damit die Wiederholung des traurigen Schicksals, daß neben dem maßlosen Elend der abgebauten Kaliumarbeiter und der ungewöhnlichen Not der Gemeinden, die von der Stilllegung der Kaliumwerke betroffen werden, neue Kaliumwerke abgetastet, damit neue Arbeitermassen herangezogen werden. Der Erfolg wird sein, daß in absehbarer Zeit die Gemeinden im Wettgebiet, die dort heute durch die Kaliumindustrie in ihrer Entwicklung gefördert werden, zum Erliegen kommen, und ungezählte Arbeiter, die jetzt vielleicht aus allen Gegenden Deutschlands herangezogen werden, wiederum zur Entlassung kommen, wenn die Kaliumbarone ihre ewig Grundbesitzgewinne eingelockt haben und die Regierung zu Hilfe rufen, weil die größere Produktion nicht mehr untergebracht werden kann. Man be-

trachte diese Ausführungen nicht als vorzeitigen Unkenruf, denn mit geologisch-wissenschaftlichen Betrachtungen in den Zeitungen hat noch jedesmal das Gründungsfever und der Zusammenbruch in der Kaliumindustrie angefangen. Das deutsche Volk muß aber gegen solche kapitalistischen Auswüchse geschützt werden. G. Haupt.

Phosgenvergiftungen durch Tetrachlorkohlenstoff.

In der Chemiker-Zeitung Nr. 88 verbreitet sich Dr. F. Wirth über die Bildung von Phosgen aus dem Tetrachlorkohlenstoff. Er führt aus, daß Tetrachlorkohlenstoff in früherer Zeit als verhältnismäßig harmloser, nicht brennbarer organischer Stoff galt. Auf Grund längerer Studien muß diese Ansicht aufgegeben werden, denn Tetrachlorkohlenstoff kann durch die Haut in die Blutbahn eindringen und das Gehirn vergiften. Die Vergiftung ist fährlicher als durch Chloroform. Diese Tatsache wird von einer ganzen Reihe Mediziner, unter anderem auch von Dr. L. Lewin festgestellt. Nach den Erfahrungen Dr. Wirths wird dieses bekannte Gefahrenmoment aber dadurch ganz erheblich gesteigert, daß sich bei der Zerlegung des Tetrachlorkohlenstoffs durch Wärme in Gegenwart von Sauerstoff Phosgen bildet. Phosgen und Tetrachlorkohlenstoff sind in Aussehen und Wirkungseigenschaft völlig verschiedene Stoffe. Kommt aber der Tetrachlorkohlenstoff bei Gegenwart von Luft mit erhöhten Stoffen in Berührung, so unterliegt er einer teilweisen Oxidation; es entsteht das Phosgen.

Tetrachlorkohlenstoff ist eine farblose, eigentümlich riechende, im Wasser unlösliche Flüssigkeit, die als Extraktionsmittel in der chemischen Industrie weitgehende Verwendung findet. Es ist giftig, weil die Arbeiter häufig damit in Berührung kommen. Kommt Tetrachlorkohlenstoff mit erhöhten Metallen oder anderen geeigneten erhöhten Stoffen bei Gegenwart von Luft in Berührung, kann stets damit gerechnet werden, daß sich das giftige Phosgen bildet. Die Gefährlichkeit der Phosgenatmosphäre ist aus dem Krieges hinreichend bekannt. Bei Versuchen an einer Katze, die in der Minute 1 Liter Luft verbraucht, wurde durch eine Phosgenblase von nur einem geringen Bruchteil eines Milligramms der Tod herbeigeführt. Blausäure dagegen wirkt erst bei mehreren Milligrammen tödlich. Phosgenatmosphäre werden nicht so lästig empfunden, wie z. B. Chlorgas, so daß der Arbeiter auch dadurch leichter in Gefahr kommt. Es ist medizinisch festgestellt, daß die Reizwirkungen bei Phosgenvergiftung auffallend gering sind und daß Allgemeinwirkungen nach Aufnahme des Phosgens so gut wie völlig fehlen. Die Unverträglichkeitsgrenze für Menschen liegt bei 20 Milligramm Phosgen im Kubikmeter Luft bei kurzem Aufenthalt; länger dauernder Aufenthalt in Luft mit einem Gehalt von 5-10 Milligramm im Kubikmeter ist mit Lebensgefahr verbunden. Almet mal konzentriertes Phosgen ein, so erfolgt der Tod in wenigen Minuten. Es hat natürlich nicht an Versuchen gefehlt, Phosgenvergiftungen zu heilen. Schwere Vergiftungen sind aber unheilbar. Es muß daher der größte Wert auf den Schutz gegen das Einatmen von Phosgen gelegt werden, und es ist unerlässliche Pflicht, Phosgen und auch solche Substanzen, die ihrer chemischen Natur nach befähigt sind, auf irgend einem Wege Phosgen zu bilden, von der Verwendung in Räumen, die von Menschen betreten werden können, unbedingt auszuschließen.

Selbstkritik veröffentliche im vorigen Jahre in der Zeitschrift für angewandte Chemie seine Forschungsergebnisse, wonach nicht nur Tetrachlorkohlenstoff, sondern eine ganze Reihe anderer chlorierter Kohlenwasserstoffe Phosgen entwickeln, wenn sie auf erhöhte Metalle und Metallsalze einwirken. Neben Tetrachlorkohlenstoff dürfte die größte Wirkung in dieser Richtung Chloroform aufweisen. Man erfährt daraus wieder einmal, daß die Erkrankungsgefahr durch chemische Stoffe sehr vielseitig ist und erst im Laufe der Zeit erkannt werden. Ein Schulbeispiel dafür, daß man in der chemischen Industrie den Arbeitsstoffen mißtrauisch gegenübersehen muß, bildet die Tatsache, daß giftiges Phosgen aus geschlortem Kohlenwasserstoff entsteht, ohne daß diese Tatsache bis vor kurzem bekannt war.

Tetrachlorkohlenstoff wird auch zum Feuerlöschern verwendet. Beim Aufstoßen der Flüssigkeit auf brennende Gegenstände ist die Gefahr der Phosgenbildung besonders groß und es liegen eine Reihe von Phosgenvergiftungen vor, die beim Feuerlöschern mit Tetrachlorkohlenstoff entstanden sind. Aus diesem Grunde wendete sich auch die Zeitschrift "Die Berufsfeuerwehr" Nr. 18, vom Jahre 1923, gegen die Verwendung von Tetrachlorkohlenstoff zum Feuerlöschern in engen Räumen und auf Schiffen. G. Haupt.

Opfer der Arbeit.

In der Nacht vom 9. zum 10. August brannte in G. m. e. r. i. c. h ein Teil der Fa. Mineralöl-Raffinerie, G. m. b. H., nieder, und zwar die Destillation. Bei diesem Brande trug unser Kollege Speking erhebliche Brandwunden davon. Die Wunden waren derart, daß er nach acht Tagen im Krankenhaus seinen Verletzungen erliegen mußte.

Ein schwerer Unglücksfall.

ereignete sich am 15. August 1925 in den Guano-Werken auf Steinwärders (Hamburg), Reibersstraße. Eine Holzbrücke, die von der Löffschraube angefaßt 15 Meter hoch in den Lagerstüben hineinführt und die beim Transport von Guanosäcken mit kleinen Handwagen besahren wird, brach plötzlich zusammen. Fünf Arbeiter stürzten in die Tiefe, erlitten zum Teil schwere innere Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Untersuchung hat ergeben, daß der eine Längsbalken der Holzbrücke einen Bruch aufwies und zweifellos wegen Überlastung der Brücke nunmehr nachgegeben hat. Von der Behörde ist die Sperrung sämtlicher Brücken angeordnet und der Firma aufgetragen worden, diese einer gründlichen Revision zu unterziehen. Die Brücken sind im Jahre 1913 erbaut worden. Nach unserer Meinung hätten diese Brücken, die in Zeiten der Konjunktur einer außerordentlichen Belastung ausgesetzt sind, da sie zum Teil mit 200 bis 300 Sack zeitweilig belastet werden, einer Prüfung unterzogen werden müssen. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, versucht man natürlich, den Schaden zu beseitigen.

Papier-Industrie

Streik der Tapetendrucker in Langenhagen bei Hannover. Die Tapetendrucker der Firma Hölscher & Welmer stehen seit dem 15. August dieses Jahres im Streik.

Ursache des Konfliktes ist die Nichtanerkennung des Reichstarifvertrages seitens der Firma. Wir bitten alle Kollegen, die Streikenden in ihrer berechtigten Forderung auf Anerkennung des Vertrages dadurch zu unterstützen, daß sie bei der Firma keine Arbeit annehmen. Zahlstelle Hannover.

Industrie der Steine und Erden

Welche Lehren ziehen wir aus dem Streik in der rheinischen Ziegel-Industrie?

Nachdem in der Rheinischen Ziegelindustrie die Ruhe wieder hergestellt ist, verlohnt es sich, einen kurzen Rückblick auf den Kampf und die Einstellung der Arbeitgeber zu werfen. Die durch Schiedsspruch vom 26. 3. 1925 festgelegten Löhne hatten Gültigkeit bis 27. 4. 1925. Am 19. 4. 1925 wurde das bestehende Lohnabkommen arbeitnehmerseitig gekündigt und den Arbeitgebern eine Lohnforderung von 30 Prozent unterbreitet. Die Unternehmer ließen aus dem unter Hinweis auf das weisungsfähige Gebiet mit, daß sie nicht in der Lage seien, höhere Löhne zu zahlen; sie wünschten eine Verlängerung des bestehenden Abkommens.

Aus der Industrie Chemische Industrie

Der Tribut des deutschen Volkes an das Kaliumkapital.

Als man bei der Steinsalzgewinnung in Deutschland in den Beständen der Abraumfalle beinahe erschöpfte und es der Wissenschaft gelang, die sogenannten Abraumfalle als wertvolle Düngemittel zu verwenden, durfte angenommen werden, daß daraus dem deutschen Volke erhebliche wirtschaftliche Vorteile erwachsen. Das ist nicht geschehen. Die Kaliumindustrie ist zur Geißel des deutschen Volkes geworden, wenn sie auch einer Reihe von Kaliumkapitalisten und größeren Gesellschaften ungeheure Gewinne in den Schoß warf.

Als der Wert der Abraumfalle erkannt war und die Landwirtschaft sich langsam an dieses neue Düngemittel gewöhnte, machte sich in kapitalistischen Kreisen eine Bewegung bemerkbar, die an das kalifornische Goldfieber erinnerte. Jeder wollte aus Kali verdienen, schnell verdienen, schnell reich werden. Es wurden Schächte abgetastet und Stollen vorgefrichen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Abfall von Kaliumschmelzen verflüchtig noch beschränkt war. Daraus ergab sich eine Überproduktion, die nur durch gesetzliche Eingriffe behoben werden konnte. Selbstverständlich waren dabei die in Frage kommenden Arbeiter die Leidtragenden.

Immer geschlicher Vorschriften und zwingender Vereinfachung, daß immer wieder mehr Schächte angelegt wurden als gang der Kaliumindustrie war der Drang nach Verdienen so dem Bedürfnis entsprach. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurde die Kaliumförderung so stark forciert, daß große Arbeitermassen an die einzelnen Kaliumwerke herangezogen wurden. Der Abfall wurde stets gesteigert, da die Kaliumfalle in der ganzen Welt - gang fanden und Deutschland das Monopol darauf besaß. Durch den verheerenden Krieg gingen die Kaliumfallestätten im Besitz von Frankreich über, wodurch der deutschen Kaliumindustrie ein gewaltiger Konkurrenz entstand. Wenn auch Frankreich heute nur 20 Prozent des Weltbedarfs decken kann, 80 Prozent von Deutschland gedeckt werden, hat es doch die deutsche Kaliumindustrie so weit gebracht, daß die Konkurrenzschmerzen Frankreichs einen Einfluß weit über die 20 Prozent der Weltproduktion hinaus gewonnen, worüber die französische Kaliumindustrie verzagt. Erst nachdem die deutsche Kaliumindustrie beinahe zum völligen Erliegen kam, entschloß sich Frankreich, das es auch Vergleichsmöglichkeiten zur Aufrechterhaltung der Schmelzgewinnung gebe. Schließlich als erwartet werden durfte, kam es zu einem Vergleich mit der ehemaligen Kaliumindustrie, den die deutsche Industrie bis dahin abgelehnt hatte. Die Abnahmefähigkeiten liegen. Die



